

# Sachsenzeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

„Sachsenzeitung“ erscheint täglich nachmittags 6 Uhr für den folgenden Tag. Tagespreis: Bei Abholung in Dresden, Marktstraße 1. — Wochensubskriptionen 1. — Wochensubskriptionen in den Provinzen 1.20 Mark, bei Zahlung durch die Post 1.40 Mark. Einzelnummern 15 Pf. — Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 97 — 83. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Freitag 25. April 1924

## Amerikas Stimme.

Deutschland hat geantwortet auf den Bericht der Sachverständigen und hat Ja! gesagt. Macdonald hat das gleiche; Poincaré allerdings sträubt sich mit Händen und Füßen dagegen, sich irgendwie festzusetzen. Schon ist es zu einer kriegerischen „Konflikts“ mit dem Vorsitzenden der Reparationskommission, seinem Freund Barthou, gekommen; denn gar zu unangenehm sind jene „Voraussetzungen“ des Berichtes.

Sinnvollerweise auch Amerika, das den Vorsitzenden für den ersten Sachverständigenausschuss stellte. Coolidge, der Präsident der U. S. A., hat als der verantwortliche Vater der auswärtigen Politik seines Landes — sein Kongress, sein Senat darf ihm dabei beiraten — die Stellungnahme Amerikas zu dem Gutachten proklamiert in einer Rede, die er auf einem Bankett der amerikanischen Presse hielt. Zunächst erfolgte dabei ein doppeltes Nein! Ein Nein gegenüber dem — englischen — Streben, die Vereinigten Staaten in den Völkerbund (Versailles-Organisation) hinein zu mandrieren. Dazu hat Amerika 1919 schon „nein“ gesagt, und man denkt nicht daran, sich an der Genfer Komödie zu beteiligen.

Ein zweites Nein! gegenüber den unaufhörlichen Lastverläufen namentlich Frankreichs, einen Nachlaß der Kriegsschulden zu erreichen. In dieser Frage bleibt Amerika ein überaus hartnäckiger Gläubiger. Denn — um das gleich vorwegzunehmen — Amerika soll seinen Teil zu dem friedlichen Wiederaufbau Europas finanziell beitragen; aber es denkt gar nicht daran, Geld vorzutun, das zu irgendwelchen militärischen Zwecken verwendet werden soll. Das ist in der Frage des Schuldenproblems wohl die hundertste Antwort an den Schuldner Frankreich: Schränkt eure Ausgaben ein, und dann werdet ihr zahlen können! Geld gibt es also nur für friedliche Zwecke.

Das Gutachten der Dawes-Kommission wird von Coolidge gelobt, was man dem Amerikaner auch ruhig zuillagen mag, da es ja wohl noch länger für uns hätte ausfallen können. Und darum begrüßt er es auch, daß dieses Gutachten allen interessierten Staaten als praktische Grundlage für die Lösung der Reparationsfrage erscheine. Bei seiner Hoffnung, daß diese endgültige Lösung nun endlich erfolge, lobt er Coolidge freilich als vorsichtiger Mann als Voraussetzung die Notwendigkeit „gegenseitiger Zugeständnisse“, die bei der weiteren Verhandlung nun als Basis zu dienen hätten. Bei diesen Verhandlungen käme als Ziel namentlich einerseits die Sicherung der Wiederherstellung Deutschlands und eines Höchstmaßes von deutschen Zahlungen in Frage. Wir unterstreichen das „und“, denn bisher hat man sich ja um deutsche Zahlungsfähigkeit bei der Auffassung solcher Zahlungspläne gar nie gekümmert. Der Deutsche hatte eben zu zahlen; brach er daran zusammen, so war es auch gleichgültig, war er vielmehr — erwünscht.

Schon der Dawes-Bericht hatte jedes wirtschaftliche Emporblühen Deutschlands geknüpft an die schleunigste Überwindung der deutschen Kreditnot; dazu soll die Emissionenbank mitwirken. Coolidge unterstreicht die Notwendigkeit einer schnellen Bewilligung der Anleihe, auf der die Emissionenbank fundiert werden soll, und hofft dabei auf eine starke Beteiligung auch des amerikanischen Kapitals. Nicht etwa um unserer schönen Augen willen, sondern aus rein geschäftlichen Gründen; um Deutschland nämlich wirtschaftlich zu kräftigen und damit wieder zum Abnehmer amerikanischer Produkte zu machen, damit schließlich auch den Beginn eines wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas ganz allmählich einzuleiten.

Coolidge wäre nicht der typische Nachkriegsamerikaner, der er ist, wenn er nicht bei dieser Gelegenheit auch von der Kräftigung sprechen würde; die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts in Europa würde die Ursache von „Meinungsverschiedenheiten“ verschwinden lassen, und wenn man in Europa eine feste Postille verfolge, dann könne man doch auch der Abrüstungsfrage wieder näher treten, die man auf der Washingtoner Konferenz vergeblich behandelt habe. „Eine endgültige Lösung der Reparationsfrage könnte den Beginn einer neuen Friedensära bedeuten.“ Dann solle man eine Abrüstungskonferenz veranstalten.

Ja, wenn das ganze Reparationsproblem wirklich nur ein wirtschaftliches wäre, wenn namentlich Frankreich jenes oben erwähnte „und“ anerkennen würde, dann könnte man sich diesen Hoffnungsäußerungen vielleicht anschließen. Wirklich hat aber Poincaré den Empfang des Gutachtens „gefürchtet“, hat es „mit Sympathie begrüßt“ und die Reparationskommission erfuhr, „in den Grenzen ihrer Zuständigkeit“ die Entscheidung zu treffen. Und daß er sich erst nach der Fällung dieser Entscheidung mit den anderen alliierten Regierungen zwecks Durchführung des Zahlungsplans in Verbindung setzen wird. — Aber von Deutschland verlangt man förmlich die sofortige Vorauszahlung von Finanzmitteln aller Vorbereitungen für die Durchführung!

Coolidge ist vielleicht doch ein wenig auszuwagungsbold.

## Drei Streitpunkte.

Das Schreiben, das Poincaré an den Präsidenten der Reparationskommission Barthou gerichtet hat, wird nicht veröffentlicht. Poincaré hatte aber über die Stellung

## Dr. Helfferich ein Opfer des Unglückes am St. Gotthard

(Eigener Fernsprechschrift der „Sachsenzeitung“)  
Innsbruck, 24. April. Der deutsche Konsul in Lugano teilt mit, daß auf Grund der gefundenen Ausweispaßpapiere festgestellt werden konnte, daß sich der frühere Staatssekretär des Reichsministeriums Dr. Helfferich und seine Mutter unter den Todesopfern des Eisenbahnunglückes in der Schweiz befinden.

Berlin, 24. April. Von einzelnen Pressestellen war auch die Persönlichkeit Dr. Schachts mit dem Schweizer Eisenbahnunglück in Zusammenhang gebracht worden. Wie T. U. auf Nachfrage erfährt, befindet sich Dr. Schacht in Berlin.

Villingen, 24. April. Die Zahl der Schwer- und Leichtverletzten wird insgesamt auf 40 Personen angegeben, die Zahl der Toten ist 21.

## Bevorstehender Abschluß eines italiensche-tycheanischen Bündnisses.

(Eigener Fernsprechschrift der „Sachsenzeitung“)  
Paris, 24. April. Nach dem Proger Matin-Korrespondenten beabsichtigt Präsident Masaryk während seines Aufenthaltes in Italien zusammen mit Dr. Beneš, der nach Rom nachkommen wird, die Umrisse eines italiensche-tycheanischen Bündnisvertrages auszuarbeiten. Dieser Vertrag soll den Beitritt der Tschechoslowakei zu dem italiensche-jugoslawischen Abkommen bedeuten. Das Ziel besteht vornehmlich darin, erneut die Solidarität der beiden slavischen Länder in ihrer Eigenschaft als Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie zum Ausdruck zu bringen. Der Matin schreibt, daß der Bündnisvertrag von dem Geiste der Garantieabkommen erfüllt sein werde, die in Genf vor zwei Jahren von englischen und französischen Völkervertretern zur Sprache gebracht wurden. Das Pariser Blatt spricht von einer italiensche-tycheanischen Allianz und glaubt, daß dadurch auch eine Annäherung zwischen Paris und Rom erleichtert werde.

## Schlägerei in einer Wahlversammlung.

Köln, 24. April. Gestern abend fand hier eine vom Völkisch-Sozialen Bloch einberufene Wahlversammlung statt. Graf Neudorfer, der Spitzenkandidat des Völkisch-Sozialen Blochs für Schleswig-Holstein, sprach über Zweck und Ziele seiner Partei. Der Mehrheitssozialist Dr. Rempel erklärte in seiner Ansprache, daß auf Grund des Völkisch-Sozialen Programms die Mehrheitssozialisten stets mit dem Völkisch-Sozialen Bloch gehen könnten. Aber weiter sagte er, er bedauere, daß

Frankreichs zum Reparationsgutachten noch eine Unterredung mit Barthou und soll diesem „Instruktionen“ gegeben haben. Worin diese bestehen, wird ebenfalls nicht bekanntgegeben, doch hat die Reparationskommission ihre beschlossene Sitzung vertagt, weil angeblich die Instruktionen der Regierungen an ihre Delegierten noch nicht eintreffend sind. Die Presse teilt mit, daß zwischen den Regierungen in Paris, London, Brüssel, Rom und Washington bereits eine Besprechung über die Streitpunkte zwischen London und Paris eingeleitet worden sei.

Das wären 1. die Frage der Sanktionen, 2. die verschiedenen Etappen, in welchen das augenblicklich im Ruhegebiet aufgerichtete wirtschaftliche System in das allgemeinere aufgehen soll, welches die Sachverständigen vorsehen — es könne nach französischem Willen keine Fusion stattfinden, solange nicht das Geltinge des vorgezeichneten allgemeinen Systems festgestellt sei —, 3. die Frage der interalliierten Schulden.

Das französische Verlangen gehe darauf hinaus, daß man Frankreich die 27 Milliarden, welche es England und Amerika schulde, erlasse und ihm von Deutschland eine Rindestzahlung von 26 Milliarden Goldmark garantiere. Amerika sei in den Präsidentschaftswahlkampf eingetreten, und diese Campagne dauere bis in den Herbst. Also brauche man nicht allzu großes Gewicht auf Coolidges Worte zu legen. Der Bericht der Sachverständigen habe den Konflikt der alliierten und assoziierten Regierungen leicht verschoben, aber tatsächlich habe er sich nicht gewandelt. — Der „Matin“ stellt ausdrücklich noch einmal fest, daß Frankreich durchaus nicht beabsichtigt, auf seine „Sanktionsmittel“ zu verzichten. Es sei denn, daß es dafür völlig gleichwertige in die Hand bekomme.

## Die Bahnkatastrophe am St. Gotthard.

Zu der Eisenbahnkatastrophe am St. Gotthard wird heute gemeldet: Der von Lugano kommende Nachschneezug überfuhr vor dem Bahnhofs das Haltesignal und fuhr in voller Geschwindigkeit in den mit der vollen Kraft zweier elektrischer Lokomotiven heranrollenden Mailänder Express.

Fast das gesamte Personal der Maschinen- und Heizwagen wurde getötet oder schwer verletzt. Zwei Personenwagen waren durch Explosion der Gasleitung in Brand geraten und wurden vollständig zerstört. Bis Mittwoch nachmittag wurden 21 Tote gezählt. In einem der Unfalls-

der Friedensvertrag von Versailles von den Sozialdemokraten unterschrieben worden sei, und daß er lieber gesehen hätte, daß Wilhelm II. seinen Namen unter diesen Vertrag gesetzt hätte. Daraufhin erhob sich ein jütischer Demokrat. Völkisch-Soziale und Sozialisten bearbeiteten sich gegenseitig mit Stühlen und Stuhlbänken. Die Polizei griff mit Gummihäutchen ein und mit Unterstützung des völkischen Wahlzuges gelang es, die Aufruhr aus der Versammlung zu entfernen, so daß die Versammlung fortgesetzt werden konnte.

## Vorauszahlung der Beamtengehälter.

Berlin, 24. April. Halbamtlich wird mitgeteilt: Obgleich die Finanzlage des Reiches immer noch sehr gespannt ist, hat sich der Minister der Finanzen doch entschlossen, den Beamten am 30. April 24 die Bezüge wieder für einen Monat im Voraus zahlen zu lassen. Er glaubt die Verantwortung für diese Maßnahme trotz der noch bestehenden Schwierigkeiten im Interesse der Beamten auf sich nehmen zu müssen. Es ist zu erwarten, daß die Länder und Gemeinden, soweit es ihre finanzielle Lage gestattet, sich dem Vorgehen des Reichsministeriums anschließen werden.

## Staunung und die Frage der Minderheiten in Schleswig.

Kopenhagen, 24. April. Staunung sagte gestern in einem Interview mit einem Vertreter der Deutske Tidende: Wenn man von deutscher Seite die Anregung zu einer Übereinkunft betreffend die Minderzahl in Schleswig ergreife, so werde man heute in Dänemark mit Wohlwollen die Frage aufnehmen und versuchen, sie zu lösen zu Gunsten sowohl der deutschen wie der dänischen Minderzahl.

## Ein Gesetz gegen antirepublikanische Propaganda.

Athen, 24. April. Der Ministerrat hat einen Gesetzentwurf unterzeichnet, wonach für die Dauer von 10 Jahren antirepublikanische Propaganda streng unterjagt wird.

## Die Pest in Indien. — 54 000 Tote

London, 24. April. Daily Telegraph erzählt aus Allahab, daß die Pest in Pundschab erschreckende Fortschritte macht. Im Laufe der letzten beiden Wochen sind 22 000 Pestfälle festgestellt worden, von denen 17 000 tödlich verlaufen sind. Insgesamt sind seit Anfang des Jahres 54 000 Personen an der jütischen Epidemie zu Grunde gegangen.

ange befanden sich etwa 50 Deutsche, und es steht bereits fest, daß sich unter den Schwerverletzten die Angehörigen einer Berliner Familie F o r s t h a n n und ein Herr Otto R a r z i aus Bremen befinden. Unter den Opfern soll sich ein noch unbeschädigter Gerüst zufolge auch der italiensche Gesandte in Kopenhagen Graf della Torre befinden.

Der Schauplatz des Unglücks gehört zu der großen internationalen Linie Berlin—Erfurt—Frankfurt—Basel—Luzern—Bellinzona—Lugano—Chiasso—Mailand. Die Strecke führt durch den Gotthardtunnel. Die Schweizer und die italiensche Strecke vor und nach dem Tunnel werden elektrisch betrieben. Der erste elektrische Zug ist im September 1920 durch den Gotthardtunnel gefahren worden. Der letzte Teil der Gesamtstrecke Lugano—Chiasso wurde im Februar 1922 eröffnet.

## Gefährliche Durchgangswagen.

Einer der verunglückten Wagen ist, wie die Berichte vermuten lassen, der italiensche Durchgangswagen, der allen Reisenden, die jemals die Strecke Berlin—Basel befahren haben, sehr bekannt ist. Er fährt durch seine sehr leichte Bauart auf. Man kann sich vorstellen, daß die innenstehenden Personen bei einem Zusammenstoß der höchsten Gefahr ausgesetzt sind. Bei einem wichtigen Anprall muß der Wagen fast widerstandslos zusammenbrechen. Bei den deutschen Eisenbahnen war er nicht beliebt, da er in wiederholten Fällen wegen der zu leicht gebauten Kuppelvorrichtung zum „Abreißen“ der Achse geführt hat, so daß ein Teil des Zuges dem andern davonfuhr.

## 200 Millionen Dollar für Reparationsanleihen.

Amerikanisches Privatkapital  
Nach Pariser Meldungen soll der Teilhaber des Hauses Morgan, D. W. Morgan, demnächst mit einer wichtigen Mission, nämlich der Vorbereitung der im Sachverständigenplan vorgeschlagenen Anleihe von 200 Millionen Dollar, betraut werden.

Im Zusammenhang mit der Äußerung des Präsidenten Coolidge über die amerikanische Beteiligung an der Reparationsanleihe für Deutschland wird weiter gemeldet, daß New Yorker Banken bereit seien, 200 Millionen Dollar der im Dawes-Bericht vorgeschlagenen Anleihe zu übernehmen. Die Erklärung des Präsidenten, daß das